



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

3/2018 (Mai/Juni)

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



FRIEDEN ERHALTEN –

**Keine US-amerikanischen Panzer
auf Brandenburger Straßen!!!**

Knapp daneben ist auch vorbei



Zuerst möchte ich mich bei den knapp 1600 Wählerinnen und Wählern für ihre Unterstützung zur Bürgermeisterwahl bedanken.

Leider hat es auch beim dritten Mal nicht gereicht, um ins Rathaus einzuziehen.

In der Demokratie muss ich dies akzeptieren, verstehen muss ich es nicht. In den Wahlkampfveranstaltungen der fünf Kandidaten wurde mir immer wieder bescheinigt, dass meine Konzepte und Inhalte die klarsten und zielführendsten sind. In der Wahlkabine allerdings spielen Inhalte offensichtlich immer weniger eine Rolle. Warum es eine Frau besser kann oder man mich ja wählen würde, wenn ich denn kein Linker wäre, sind Standpunkte, die ich 28 Jahre nach dem Ende der DDR nicht nachvollziehen kann. Es geht doch bei einer solchen Wahl um die Frage, wer unsere Stadt voranbringen kann. Ich habe versucht, im Wahlkampf die Sache ein wenig mit Humor anzugehen, weil man mir immer wieder sagte, ich wäre nicht freundlich genug. Sicher sind Sympathien bei Wahlen wichtig, aber damit wird keine Veränderung herbeigeführt. Die Wahl hat gezeigt, dass immer weniger Wähler sich mit politischen Inhalten beschäftigen und dass es heute als Vorteil gilt, keiner Partei anzugehören. Dies kann man so sehen,

aber es führt dann eben auch zu politischer Beliebigkeit. Als Einzelkandidat kann man seine Meinung täglich neu anpassen und immer das behaupten wofür man die meisten Stimmen bekommt. Wo der Trend hingeht kann man auch in der Stadtverordnetenversammlung erleben. Bei der Wahl 2014 hatte die CDU 9, DIE LINKE 7 Sitze. Inzwischen bestehen die CDU aus 11, DIE LINKE aus 6 und die SPD noch aus 5 Mitgliedern. In der FDP-Fraktion ist kein Vertreter mehr Mitglied der Partei. Ständig wird in Fraktionen ein- und ausgetreten, weil Einzelabgeordnete deutlich weniger Einfluss auf die Arbeit in der SVV nehmen können, wie Mitglieder von Fraktionen.

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Bürgermeisterwahl nun mehrheitlich einer Frau ihr Vertrauen ausgesprochen, die bisher keinen Tag in der Kommunalpolitik verbracht hat. Vor elf Jahren ha-

Spruch des Monats

»Es ist besser, eine Wahl zu verlieren als seine Seele.«

Michel Noir (*1944),
frz. Politiker, Bürgermeister von Lyon

ben mehr als 7 000 Bürger einen Bürgermeister abgewählt, weil er versucht hatte, seinen Sohn zum Geschäftsführer des DRK zu machen, aus heutiger Sicht fast eine Lappalie. Die persönlichen Verflechtungen der neuen Frau im Rathaus wurden im Vorfeld thematisiert. Für die Mehrheit der Wähler sind sie offensichtlich ohne Bedeutung.

In einem Jahr sind Kommunalwahlen, dann wird die politische Landschaft neu geordnet. Bis dahin werden wir unsere Rolle als kritisch Mitwirkende der Forster Kommunalpolitik fortsetzen, auch wenn wir spüren, dass der Wind immer stärker von rechts weht. **Ingo Paeschke**



... ich hab da mal eine Frage ...

Bürgerfragestunde in der SVV

In der Bürgerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Mai 2018 stellte ich als Angehörige einer von »Essen auf Rädern« des DRK Kreisverbandes Forst Spree-Neiße e.V. versorgten Person die Frage nach der Einflussnahme des Abgeordneten Lindner gegen die dro-

hende Schließung der DRK-Küche. Herr Michael Lindner ist Vorstandsmitglied beim DRK Kreisverband. Von der Schließung der Küche sind ca. 200 Personen als Kundinnen und Kunden betroffen sowie weitere 12 Personen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zu einer direkten Beantwortung kam es nicht. Der Stadtverordnetenvorsteher erklärte die SVV als nicht zuständig. ➤ S. 2

... ich hab da mal ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Der DRK Kreisverband wäre ein privatrechtlicher Verein, auf dessen Entscheidungen die Stadt keinen Einfluss hätte. Es sei mir freigestellt, außerhalb der SVV Kontakt zum Abgeordneten aufzunehmen. Den Kontakt nahm Herr Lindner am 7. Mai 2018 mit einem Telefonat auf. Das Gespräch lieferte jedoch keine Fakten zu Aktivitäten des Abgeordneten zum Erhalt der DRK-Küche und somit der weiteren Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Forst durch das DRK.
Cornelia Janisch



Nachlese 1. Mai 2018

»Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit«

Im Jahr 2018 standen die Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit am 1. Mai unter dem Motto: »Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit«.

Bereits zu einer guten Tradition ist die jährliche 1.-Mai-Veranstaltung auf dem Max-Seydewitz-Platz in Forst geworden. Der im letzten Jahr neu gegründete DGB-Kreisverband Spree-Neiße organi-

es zu gestalten gilt. Dabei müssen Starke solidarisch mit den Schwachen der Gesellschaft sein. An den Ständen der Einzelgewerkschaften ver.di, IG BAU, EVG, IG BCE und des DGB sowie der LINKEN und der SPD konnten sich die Besucherinnen und Besucher zu verschiedenen Themen wie Rente, bedingungsloses Grundeinkommen und Pflege informieren. Weitere wichtige Gesprächsinhalte waren Themen wie Frieden und Soziale Gerechtigkeit.

Für die jüngsten Besucher war eine Hüpfburg aufgebaut. Davon wurde wieder reger Gebrauch gemacht. Das angebotene Ponyreiten erfreute sich ebenfalls großer Beliebtheit. Die tänzerischen Darbietungen der Line Dance Friends nach flotter Westernmusik



verfolgten die Besucherinnen und Besucher auf den bereitgestellten Sitzbänken und spendeten anschließend tollen Beifall. Auch in diesem Jahr bereicherte Wolfgang Dannat mit seiner Gitarre die Veranstaltung. Entsprechend große Anerkennung wurden den kulturellen Beiträgen durch kräftigen Applaus entgegengebracht.

Cornelia Janisch
Vorsitzende OV Forst DIE LINKE

sierte mit Unterstützung der LINKEN die diesjährige Feier. Eingeladen und gekommen waren nach vielen Jahren der Abwesenheit auch Genossinnen und Genossen der SPD. Begrüßt wurden die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger bei bestem Frühlingswetter durch den Vorsitzenden des Kreisverbandes, Kollegen Klaus Just von der EVG. In seiner Rede ging Kollege Klaus Wirth von der IG BCE, Bezirk Cottbus, auf die Bedeutung des 1. Mai ein. Die Forderung nach guten Arbeitsbedingungen mit Arbeitszeiten, die zum Leben passen, ist nur eine von vielen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird bereits seit vielen Jahren gefordert. Der Wandel der Arbeitswelt birgt sowohl Risiken als auch Chancen, die



Neues vom DRK

Wie in örtlichen und regionalen Medien mehrfach thematisiert, bemühen sich seit Monaten Betriebsrat und Mitarbeiter des DRK Kreisverbandes Forst Spree-Neiße e. V. um faire Entlohnung, Sicherung von Arbeitsplätzen und den Erhalt der Versorgung »Essen auf Rädern«.

Arbeitskämpfe sowie zahlreiche Gespräche und Verhandlungen, bei denen sich auch DIE LINKE im Interesse der Beschäftigten und der betroffenen Bürger einbringt. Die Gewerkschaft Verdi unterstützt die Verhandlungen zum Abschluss eines Tarifvertrages für die Mitarbeiter.

Am 23.05.2018 gab es eine Gerichtsverhandlung zur Entscheidung einer »Einstweiligen Verfügung zum Erreichen eines Interessenausgleichs« zum weiteren Betreiben der Küche im DRK. Das Gericht lehnte den Antrag des Betriebsrates des DRK auf den Interessenausgleich leider ab. Der Betriebsrat prüft eine Beschwerde beim Landesarbeitsgericht. Wir wünschen den Kollegen dabei viel Glück und Erfolg.

Wie die Richterin erklärte, wäre es auch möglich gewesen, sich mit dem Betriebsrat des DRK zu einem Interessenausgleich außerhalb des Gerichtes zu verständigen. Das wurde durch die Geschäftsführung abgelehnt. Das heißt, die Küche wird wie angekündigt geschlossen. Die Beschäftigten der Küche müssen sich um einen anderen Arbeitsplatz bemühen. Hinzu kommt, dass für hilfsbedürftige Menschen eine gute Essensversorgung verloren geht und diese sich um eine neue kümmern müssen.

Dem neugewählten Betriebsrat wünschen wir viel Kraft und Energie bei der Bewältigung seiner Aufgaben. Wir hoffen, dass die Geschäftsleitung in Zukunft konstruktiver mit dem Betriebsrat im Interesse der Mitarbeiter und der Versorgung und Betreuung von Senioren zusammenarbeitet.

Redaktion

Gedenktag 8. Mai 2018

Am 8. Mai 2018 jährte sich der »Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa« zum 73. Mal. Mit Beschluss des Landtages vom 30. April 2015 ist der 8. Mai als Gedenktag im Brandenburgischen Feiertagsgesetz verankert. Alljährlich findet auch in der Stadt Forst im Gedenken an die Opfer des 2. Weltkrieges an diesem Tage eine Veranstaltung auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in der Frankfurter Straße statt.

In diesem Jahr fanden sich mehrere Vertreter der Stadt, Mitglieder der LINKEN und der SPD zum Gedenken ein. Die Veranstaltung wurde durch Livemusik würdevoll umrahmt. Worte zur Bedeutung dieses Tages und zum Gedenken an die Opfer und Mahnung an die Lebenden wurden durch Frau Korittke, Verwaltungsvorstand für Stadtentwicklung und Bauen, vorgetragen. Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Forst der LINKEN und des SPD-Ortsvereines legten im Anschluss gemeinsam mit Frau Korittke Kranz und Gebinde am Ehrenmal nieder. **Cornelia Janisch, Vorsitzende OV Forst DIE LINKE**



Vom **LANDTAG BRANDENBURG** informiert

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren



Die Lebensverhältnisse vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich in den vergangenen Jahren verbessert. Die Arbeitslosenquote ist gesunken. Dennoch besteht nach wie

vor großer Handlungsbedarf vor allem im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit, denn nach wie vor ist mehr als ein Drittel aller Brandenburger Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Hier bedarf es langfristiger und aufeinander abgestimmter Maßnahmen.

Das hat nun auch der Bund erkannt und im Koalitionsvertrag darauf reagiert. Leider sind die geplanten Vorhaben nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es sollen lediglich 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, was für nicht mehr als 900 Arbeitsplätze reicht. Brandenburg hat aber allein 34 700 Langzeitarbeitsplätze. Die Bemühungen der Bundesregierung sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber lange nicht ausreichend. Dennoch kann sich Brandenburg mit seinen Erfahrungen mit Bereich der Öffentlichen Beschäftigung gut einbringen.

Zudem müssen die bereits gut wirkenden Landesprojekte »Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften« sowie »Sozialbetriebe«, die aus ESF-Mitteln finanziert werden, sinnvoll mit dem neuen Bundesprojekt »Teilhabe am Arbeitsmarkt« verknüpft werden.

Wichtig für den gesamten Prozess ist die Nutzung der bisherigen Erfahrungen im Passiv-Aktiv-Transfer auf kommunaler Ebene, für den auch weiterhin bei den Kommunen Brandenburgs geworben

werden muss. Mit dem Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) wird Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Dafür wird aus den Geldern, die ein Hartz-IV-Empfänger erhält, sowie dem Geld, das er mit seiner Arbeit erwirtschaftet und/oder einem Zuschuss, eine sozialversicherungspflichtige Stelle mit einem auskömmlichen Lohn geschaffen. Dafür setzen wir uns ein.

Dr. Andreas Bernig,
arbeitsmarktpolitischer Sprecher
Fraktion DIE LINKE. Brandenburg

Verkauf von Landwirtschaftsunternehmen an Fremdinvestoren regulieren

Ackerflächen und Weideland sind wichtige Grundlagen für die heimische Landwirtschaft. Der landwirtschaftlich genutzte Boden wird jedoch zunehmend zum Spekulationsobjekt. In Märkisch-Oderland haben überregionale Investoren bereits so viele Agrarbetriebe übernommen, dass sie 40 Prozent der Fläche kontrollieren. Vielen von ihnen geht es um den schnellen Profit, der auf nachhaltige, regional verbundene Landwirtschaft keine Rücksicht nimmt. Statt von einheimischen Arbeitskräften werden diese Flächen dann von externen Anbietern bewirtschaftet, die ein paar Mal im Jahr für kurze Zeit anreisen.

Eigentlich ist die gewachsene Agrarstruktur gesetzlich geschützt: Flächenverkäufe sind genehmigungspflichtig und können untersagt werden, wenn sie diese Struktur gefährden. Ein Schlupfloch ist allerdings der Ankauf

von Gesellschaftsanteilen, der zur Übernahme ganzer Betriebe – und damit auch der Flächen – führen kann. Für diese Praxis gibt es bisher keine Beschränkungen.

Bei einem Fachgespräch im Agrarausschuss des Landtages wurde deutlich: Nur der Bund kann das ändern. Mit unserem Landtagsantrag wollen wir Druck machen und zugleich auch Schlupflöcher für die Umgehung der Grunderwerbssteuer durch Investoren schließen.

Anke Schwarzenberg,
agrarpolitische Sprecherin



Leserbrief



Vielen Menschen kann man mit einem kleinen Besuch sehr erfreuen. So ist es mir ergangen. Unsere ehemalige Seminargruppen-Leiterin (kurz genannt SG-Mutti), wohnhaft in Erfurt, wurde 80 Jahre.

Ich habe nicht gezögert und habe mich per Bahn auf den Weg nach Erfurt gemacht. Unsere liebe Erna war sehr überrascht als sie mich gesehen hat. Nach einem Stück Kuchen und zwei Tassen Kaffee bin ich wieder nach Hause gefahren.

Dieser Kurzbesuch in Erfurt hat allen etwas gegeben, unsere Erna hat sich gefreut und ich war glücklich, sie erfreut zu haben. Ich wünsche mir, dass mehr Menschen solche spontanen Entscheidungen treffen und ausführen.

Manfred Riemer,
fleißiger Zusteller unseres Malxeblattes

Newsletter

Für den Erhalt des Atomabkommens mit dem Iran – ein Ende der Diplomatie bedeutet einen Einstieg in die Eskalation

Zur Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, die Sanktionen gegen den Iran wieder in Kraft zu setzen, erklären die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch:

»Die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, das Atomabkommen mit dem Iran zu torpedieren, ist brandgefährlich. Die Bundesregierung muss jetzt gemeinsam mit den anderen Staaten des 5 + 1 Formats – also China, Russland, Großbritannien und Frankreich – Druck auf Trump machen, damit das Abkommen erhalten bleibt.

Der Abschluss des Atomabkommens mit dem Iran 2015 war ein großer diplomatischer Erfolg im Kampf gegen atomare Aufrüstung. Iran hat sich darin dazu verpflichtet, sein Atomprogramm so einzugrenzen, dass die Entwicklung von Atomwaffen nicht möglich ist. Im Gegenzug wurden internationale Sanktionen gegen Iran gelockert und Schritt für Schritt beseitigt.

Mit der Entscheidung Donald Trumps, die Lockerung der Sanktionen zurückzunehmen, ist das Atomabkommen de facto gescheitert. Donald Trump zeigt wiederholt, dass er Konfrontation und sogar mögliche Kriege in Kauf nimmt, statt sich um Dialog und Diplomatie zu bemühen. Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, wenn die USA nicht mehr bereit sind, sich um das Einhalten gültiger internationaler Verträge zu bemühen. Zudem werden die diplomatischen Erfolge zwischen Nord- und Südkorea mit der Aufgabe einer diplomatischen Lösung mit dem Iran in Gefahr gebracht.

DIE LINKE im Bundestag sieht deswegen folgende Schritte von der Bundesregierung als dringend notwendig an:

1. Die Absicht der USA, die Sanktionen gegen den Iran wieder in Kraft zu setzen und damit de facto das Atomabkommen mit dem Iran einseitig aufzukündigen, muss von der Bundesregierung unmissverständlich verurteilt werden. Außerdem muss Druck auf US-Präsident Donald Trump ausgeübt werden, sich an geltende völkerrechtliche Verträge zu halten und das Abkommen mit dem Iran einzuhalten

2. Die Androhungen von Gewalt durch alle Konfliktparteien in der Region muss zurückgewiesen werden, ohne die Sicherheitsinteressen der Konfliktparteien zu ignorieren.
3. Sämtliche Waffenlieferungen in Staaten des Nahen und Mittleren Osten müssen sofort unterbunden werden. Es dürfen keine weiteren Genehmigungen für dieses Krisen- und Spannungsgebiet erteilt werden.
4. Es braucht eine Initiative für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten, um die sich zuspitzenden Konflikte in der Region diplomatisch zu lösen und zu einer Vereinbarung über einen atomfreien Nahen Osten zu kommen.

8. Mai 2018

Beziehungen zu Russland normalisieren

»Es ist gut, dass die Bundesregierung das Gespräch mit Russland sucht. Nicht zuletzt das dreiste Verhalten der US-Amerikaner bei der Aufkündigung des Iran-Abkommens und der Ankündigung von Sanktionen auch für europäische Unternehmen zeigt, dass Europa und Russland enger zusammenrücken müssen. Es gilt nun, gemeinsam mit Russland und China das Iran-Abkommen zu erhalten. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier muss bei seinen Besuchen in Kiew und Moskau die deutschen und europäischen Interessen in den Vordergrund stellen. Dazu gehört auch der Bau von Nord Stream 2, der die Fortsetzung der stabilen Lieferbeziehungen mit Russland im Energiebereich ermöglicht«, erklärt Klaus Ernst, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, zur Reise von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in die Ukraine und nach Russland. Ernst weiter:

»Die Bundesregierung sollte sich deutlich für eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland und für ein Ende der Russland-Sanktionen einsetzen. Bei der Frage der Energieversorgung darf sie sich nicht von den US-Amerikanern unter Druck setzen lassen. Deren Interesse ist es, Konkurrenz aus dem globalen und derzeit überversorgten Gasmarkt zu drängen, um bessere Absatzmöglichkeiten für ihr eigenes Erdgas zu schaffen. Gerade angesichts der angespannten politischen Lage kommt den wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland eine wichtige Rolle zu.«

14. Mai 2018

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 12.06.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
 Di., 19.06.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Di., 26.06.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung**
 Do., 28.06.: 18.30 Uhr **Treff Linksrum**
 Mo., 09.07.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
 Fr., 13.07.: 16.00 Uhr **Sommerfest**
 Di., 17.07.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Do., 26.07.: 18.30 Uhr **Treff Linksrum**
 Fr., 17.08.: 20.00 Uhr **Sommerfilm bei Sakis**

PINNWAND

Soziale Bürgerberatung Döbern
am 13. Juni 2018 (weiter 14-täglich)
jeweils von 10 bis 13 Uhr

in der Begegnungsstätte
 Betreutes Servicewohnen des DRK,
 Forster Straße 14.

Soziale Rechtsberatung Cottbus
findet weiterhin statt

Geburtstage

- 17.06.: 75 Jahre Joachim Schulz
 21.06.: 63 Jahre Ulrike Werschnick
 26.06.: 67 Jahre Birgitt Beier
 26.06.: 84 Jahre Wolfgang Mahling
 28.06.: 82 Jahre Rosemarie Bräuer
 28.06.: 80 Jahre Winfried Schubert
 30.06.: 64 Jahre Monika Brandstätter
 01.07.: 69 Jahre Elke Grenzer
 12.07.: 78 Jahre Gudrun Ritschel
 27.07.: 91 Jahre Jutta Schmidt
 27.07.: 78 Jahre Wolfgang Spaarschuh

*Herzlichen Glückwunsch,
 unseren Jubilaren, auch all denen,
 die hier nicht genannt sind!*

Meinungsaustausch

Beim Treffen zwischen Trump und Kim Jong-un soll es um nukleare Abrüstung gehen. Weitere Gesprächspunkte sind das Verhältnis von Nord- und Südkorea, das Handelsembargo und Haarspray.
Ove Lieh (aus Eulenspiegel Nr. 4/18)

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 102 7 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.